

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIX/80

Bonn, den 27. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Überraschung im Südwesten

45

Zu den Ergebnissen der Landtagswahlen in Baden-Württemberg

2 - 3

USA und Europa in der Partnerschaft

81

Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von Egon Heinrich, Assistent für Europafragen

bei der SPD-Bundestagsfraktion

4 - 5

Padenscheinige Gründe

99

Wie sich Ministerpräsident Goppel

"Bayerns Weg in die Zukunft" vorstellt

Von Emil Werner, Pressereferent der SPD-Landtagsfraktion Bayern

6

Unbekannter Wasserhaushalt der Erde

48

Wassersucher wichtiger als Goldsucher

Überraschung im Südwesten

sp - Von den bisherigen Ergebnissen der seit 1961 stattgefundenen Kommunal- und Landtagswahlen weicht das Ergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg beträchtlich ab. Die CDU hat aufgeholt; ihre große Konkurrentin, die Sozialdemokratie, hat zwar auch an Stimmen gewonnen, - es entschieden sich in diesem Land mehr Wähler für diese Partei als bei der Bundestagswahl 1961 - doch die Zunahme entsprach nicht den in den anderen Bundesländern eingetretenen Verschiebungen zugunsten der SPD. Insofern nimmt Baden-Württemberg in der politischen Demoskopie der Bundesrepublik eine Sonderstellung ein. Der Stimmen- und Mandatserfolg der CDU erklärt sich wohl in erster Linie durch das Verschwinden der kleinen Parteien von der politischen Bildfläche. Die Gesamtdeutsche Partei kam fast zum Erliegen, sie gehört als politisches Sondergebilde der Vergangenheit an. Die Freien Demokraten mußten in ihrer Hochburg beträchtliche Verluste in Kauf nehmen, sie verloren vier Mandate, bleiben jedoch unentbehrlich für die kommende Regierungsbildung. Das Schicksal der deutschen Freunde Ulbrichts, der Deutschen Friedensunion, ist wohl endgültig besiegelt, ihre Rolle als Störenfriede demokratischer Entwicklung ausgespielt.

Die hohe Wahlbeteiligung - es gingen zehn Prozent mehr Wähler zu den Wahlurnen als bei den letzten Landtagswahlen 1960 - kam der CDU zugute. Sie hatte alles an Kräften aufgeboten, was ihr zur Verfügung stand. Bundeskanzler Erhard warf sein ganzes Prestige in die Waagschale, seine Position innerhalb der CDU ist durch den Wahlausgang unzweifelhaft gestärkt worden. Seine Art der Wahlkampfführung wird wohl für die zwei anderen Parteien Anlaß sein, ihre Wahlstrategie durch neue Überlegungen zu überprüfen.

Die Sozialdemokratie erreichte mit 37,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen ihren bisher höchsten Stand in der Geschichte dieses Landes. Die von Kiesinger geführte CDU/FDP-Koalition verlor drei Mandate, sie entfielen auf die SPD. Ihre Stimmenzahl erhöhte sich um rund 300 000. Das ist nicht zu übersehen, wenn auch dieser Zuwachs mit dem in anderen Bundesländern nicht Schritt hält. Die Verlangsamung des Trends nach oben ist und bleibt jedoch vor dem Hintergrund der vorangegangenen Wahlen in der Bundesrepublik eine Besonderheit und näherer Untersuchung wert. Die Leistungen der Sozialdemokraten am Aufbau Baden-Württembergs ist aus der Geschichte dieses Landes nicht wegzudenken, sie halten jeden Vergleich aus. Die Gesetzgebung des deutschen Südwestens trägt viele Stempel sozialdemokratischer, am Wohl des Landes sich orientierender Initiativen. Doch die Sozialdemokraten haben nicht deutlich genug erkennen lassen, welche Persönlichkeiten sie als Alternative zur Regierung Kiesinger an die Landesspitze stellen werden. Der Zug zur Personalisierung der Politik ist vorherrschend, je wohl entscheidend. Der Wähler läßt sich nicht allein von guten Vorsätzen und der Qualität der Ideen überzeugen, er will auch wissen, wer gute Vorsätze und gute Ideen verwirklicht.

Für die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik bleibt das Ergebnis der Landtagswahlen in Baden-Württemberg ohne weitreichende Bedeutung. Die CDU mag sich dieses Sieges rühmen, er enthebt sie jedoch nicht der Schwierigkeiten, vor denen sie als Regierungspartei auf Bundesebene steht und die fast zur Lähmung der Regierungstätigkeit führen.

Für die Sozialdemokratie bedeutet dieser Wahlausgang die Aufforderung zur Konzentration aller ihrer Kräfte für die fünfte Bundestagswahl im Jahre 1965.

USA und Europa in der Partnerschaft

Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von Egon Heinrich, Assistent für Europafragen

In Genf wird in diesen Wochen über die Zukunft des Welthandels entschieden. Während bei der UNO-Welthandelskonferenz Halbzeit ist, wird am 4. Mai die sogenannte Kennedy-Runde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) feierlich eröffnet. Dieses Ereignis kommt bei weitem mehr Bedeutung als der ursprünglich angestrebten weltweiten Ermäßigung der Zollsätze zu. Es handelt sich vielmehr um das Vermächtnis des ermordeten Präsidenten John F. Kennedy, dessen Namen die Verhandlungen ja nicht umsonst tragen. Kennedys Ziel war die europäisch-amerikanische Partnerschaft im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft. In seinen beiden berühmten Reden von Philadelphia (1962) und in der Frankfurter Paulskirche hatte Kennedy den "Grand Design" von der atlantischen Partnerschaft entwickelt. In dieser Gemeinschaft sollten sich Europa und die USA als gleichberechtigte Partner gegenüberstehen und auf allen Gebieten eine gemeinsame Politik zur Verteidigung der Freiheit durchzuführen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte daher schon zeitlich geschickt gewählt, als sie jetzt in Bad Godesberg einen internationalen Kongreß zum Thema "Die europäische Wirtschaft in der Atlantischen Gemeinschaft" veranstaltete. Unter der Leitung des Hamburger Inzensenators Helmut Schmidt wurde das Thema in all seiner Vielschichtigkeit gründlich diskutiert. Dabei kamen Politiker, Wirtschaftler, Bankiers, Wissenschaftler, Gewerkschaftler, Diplomaten und hohe Beamte zu Wort.

Prominentester Redner des ersten Kongreßtages war der Vizepräsident der EWG-Kommission, Dr. Sicco Mansholt. Sein Thema lautete "Welche Rolle kommt der EWG auf wirtschaftspolitischem Gebiet in der Atlantischen Partnerschaft zu?" Nach seiner Ansicht ist die Verbundenheit der freien Welt notwendig, wenn sie sich in der beiden entscheidenden Weltproblemen behaupten soll: im Ost-West-Konflikt und in der Entwicklungshilfe.

Die Atlantische Partnerschaft setze Partner voraus. Europa sei jedoch politisch noch kein gleichrangiger Partner der USA, so lange es nicht vereinigt ist. Mansholt sieht in der EWG den ersten demokratischen Versuch zur Einigung Europas; jedoch bedürfe die EWG noch vieler Ergänzungen im Innern sowie in ihren Beziehungen zu den Drittstaaten.

EWG - größter Handelspartner der Welt

Die sechs EWG-Länder umfassen nicht das ganze freie Europa. Trotzdem sei die EWG bereits mehr als die Summe der sechs nationalen Volkswirtschaften: sie ist der größte Handelspartner und der größte Warenimporteur in der Welt. Ihr wirtschaftliches Wachstum liegt über

den aller anderen Industrienationen. Daraus ergibt sich für den Gemeinsamen Markt eine ganz besonders große Verantwortung gegenüber den unterentwickelten Gebieten. Mit der EWG sind bereits mehr als 20 überseeische Entwicklungsländer assoziiert, die weitgehende Zollvergünstigungen genießen. Ständig suchen weitere, vor allem afrikanische Staaten, in Brüssel um eine Assoziation nach.

Mansholt wandte sich scharf gegen die von de Gaulle angestrebte politische Union in Europa. Anstelle eines derartigen intergouvernementalen Überbaus müßten zunächst einmal die bestehenden Gemeinschaftsorgane demokratisiert und weiterentwickelt werden. Der EWG-Kommissar ließ auch keinen Zweifel daran, daß sich die EWG alsbald über eine gemeinsame Agrarpolitik - und hier vor allem über den Getreidepreis - einigen müsse, falls die Kennedy-Runde auf diesem Gebiet nicht scheitern soll.

Mit seinem Referat "Atlantische Partnerschaft auf wirtschaftlichem Gebiet aus der Sicht der USA" bildete Prof. Henry Aubrey, New York, das Pendant zu Mansholt. Die amerikanische Meinung über die "Partnerschaft von Gleichen" ist mit der europäischen Integration verbunden. Zur Zeit der Beitrittsverhandlungen zwischen der EWG und England sei man in der USA von Einheiten gleicher Größe ausgegangen. "Seit dem Scheitern dieser Verhandlungen und angesichts der Differenzen über die Agrarpolitik wird die Partnerschaft von Gleichen jedoch infrage gestellt", sagte Aubrey. Anstelle des Begriffs "Partnerschaft" möchte er lieber "gegenseitige Abhängigkeit" (Interdependenz oder Zusammenarbeit) setzen.

Die OECD entwickelte sich zum Mittelpunkt dieser Kooperation. Über die Zoll- und Handelspolitik in der EWG und in der Atlantischen Gemeinschaft referierte Prof. Pierre Uri, Paris. Uri ist ein bekannter Experte und Autor auf dem Gebiet des internationalen Handels. Er gehört zu den Pionieren der EWG-Verträge.

Tarifverträge auf europäischer Ebene

Der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Dr. Heinrich Troeger, beleuchtete auf der Tagung die nationale und internationale Währungs- und Tarifpolitik. Tarifverträge auf europäischer Ebene mit den Arbeitgeberverbänden kündigte das Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, Wilhelm Haferkamp, für keine allzu ferne Zukunft an. Als Hauptziele eines gewerkschaftlichen Aktionsprogramms für Europa nannte er folgende Punkte: die 40-stündige Arbeitszeit im Rahmen der Fünftagewoche, die Verbesserung des Jahresurlaubs und die soziale Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten. "Auf alle Fälle werden sich die Gewerkschaften über die Grenzen hinweg ständig enger zusammenschließen und neue Initiativen ergreifen", sagte Haferkamp. Schließlich sprach der Präsident der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, Dr. Alfred Neff, über die "Funktion des Unternehmens in einem größeren Markt". Die überaus gut besuchte Tagung schloß mit einem einmütigen Bekenntnis zum vereinigten Europa und zur Atlantischen Partnerschaft im Sinne Kennedys und forderte zur Überwindung der gegenwärtigen Hemmnisse auf.

Fadenscheinige Gründe

Von Emil Werner, Pressereferent der SPD-Landtagsfraktion Bayern

In wenigen Monaten beginnt in Bayern ein neues Schuljahr. Angesichts der heftigen Diskussion, die seit weit über einem Jahr über die Landeschulreform geführt wurde und angesichts der Beteuerungen der CSU und der Bayerischen Staatsregierung, daß sie nun ebenfalls gutgegliederte Landschulen wolle, ist die Frage berechtigt, wie weit sich dies bereits im nächsten Schuljahr auswirken wird. Eine nüchterne Auskunft darüber wird allein die Aufstellung des Statistischen Landesamtes über die Gliederung der Schulen geben. Im Schuljahr 1962/63 waren 26,4 Prozent der Volksschulen in Bayern einklassig, 27,4 Prozent zweiklassig, 12,2 Prozent dreiklassig, 24,2 Prozent vier- bis siebenklassig und nur 9,8 Prozent vollausgebaut. Genau 66 Prozent der Volksschulen entsprachen also nicht einmal den Vorstellungen von einer gutgegliederten Volksschule, wie sie selbst die CSU seit dem vorigen Jahr vertritt. Wie werden nun diese Zahlen im nächsten Frühjahr aussehen?

Leider besteht nicht viel Hoffnung, daß bereits im nächsten Jahr mit einer fühlbaren Verbesserung gerechnet werden könnte. Schuld daran ist die Haltung der maßgeblichen Vertreter der CSU und der Regierung. Sie wagen es zwar nicht mehr, zu bestreiten, daß die Schulverhältnisse in Bayern dringend reformbedürftig sind, in der Praxis lassen sie aber nicht nur jede Initiative vermissen, sondern sie bestärken sogar noch die bei Teilen der Bevölkerung vorhandenen Vorurteile gegen jegliche Änderungen. Dieses Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis ist leider ausgerechnet beim Ministerpräsidenten besonders ausgeprägt, wie aus einer Rede hervorging, die er kürzlich vor der Jungen Union in Gauting gehalten hat.

Der Ministerpräsident sagte zwar zunächst, daß ihm eine möglichst weitgehend gegliederte Volksschule in Form der Verbandsschule vorschwebte, damit alle Kinder die gleichen Bildungschancen erhielten und "vielleicht noch die eine oder andere Begabungsreserve ausgeschöpft werde könne", er meinte ferner, daß auch die Kinder auf dem Land die beste Bildung durch ein gutgegliedertes Schulwesen erhalten müßten; dann kam jedoch das "Aber" das die vorausgehende Beteuerung wieder aufhebt. Die Schüler sollten eine Schule besuchen, so meinte Goppel, die sie noch "ergehen" und nicht nur mit "dem sogenannten Schulbus" erreichen könnten.

Der Schulbus scheint dem gegenwärtigen bayerischen Ministerpräsidenten immer noch so zuwider zu sein, daß er sich mit dieser Neuerung nicht abzufinden vermag. Die Kinder würden ihren Eltern entfremdet, so meinte er, wenn man sie früh um sieben Uhr mit dem Schulbus abholen und erst am Abend wieder heimbringen wollte. Der Herr Ministerpräsident blieb allerdings den Grund dafür schuldig, warum die Schüler, sofern sie mit einem Bus gebracht würden, länger von zu Hause wegbleiben sollten als wenn sie den Schulweg "ergehen".

CSU muß Farbe bekennen

Ministerpräsident Goppel sprach nicht ohne Grund gerade in Gauting. Dort legte nämlich kürzlich ein Arbeitskreis der SPD einen Plan vor, wie man im Landkreis tatsächlich vollausgebaute Schulen für alle Kinder erhalten könnte. Das hat die CSU sehr unruhig gemacht, denn nun muß sie in einem konkreten Fall Farbe bekennen, ob sie gutgegliederte Landschulen wirklich will. Für viele Orte, darunter z.B. für die unmittelbare Umgebung von Gauting, gibt es nur eine einzige Möglichkeit, "eine weitgehend gegliederte Volksschule in Form der Verbandsschule" in die Tat umzusetzen.

zen. Voraussetzung ist allerdings der Schulbus. Wer ihn ablehnt, hat keine andere Wahl, als die bisherigen ein- und zweiklassigen Schulen, selbst in der unmittelbaren Nähe der Großstadt München, bestehen zu lassen.

Ministerpräsident Goppel brachte noch einen anderen Einwand, der, wie seine Aneignung gegen den Schulbus, die Landschulreform praktisch verhindern würde. Das Schulproblem auf dem Lande sei auch eine juristische Frage. Die Bayerische Verfassung schreibe vor, daß die Konfessionsschule die Regelschule in Bayern sei. Würde man aber die Schulen in einen großen Mittelpunkt verlegen, dann würden die Verhältnisse dazu führen, daß die Mehrheit eine achtklassige Schule erhalte und die kleine Bekenntnisgruppe wiederum ein ungegliederte Schule. Oder man müßte die beiden Konfessionsschulen zusammenlegen und es würde dann eine Gemeinschaftsschule daraus. Damit würde aber die Verfassung verletzt, "und dann stürzt das ganze Gebäude ein". Nach der Meinung des Ministerpräsidenten ist die Mittelpunktschule nicht allein eine weltanschauliche, sondern vor allem eine verfassungsrechtliche Frage. Man könne sie nicht einfach "vom Tisch wischen", mit der Begründung, es komme allein auf die bessere Ausbildung an.

Damit hat Ministerpräsident Goppel vollends deutlich gemacht, daß er die Landschulreform in Wirklichkeit gar nicht will. Er hat außerdem eine solche Unkenntnis der Verfassung und der tatsächlichen Schulverhältnisse zum Ausdruck gebracht, daß man es nur bedauern kann, wenn ein Ministerpräsident nicht besser im Bilde ist.

Der Irrtum Goppels

Im Art. 135 der Bayerischen Verfassung heißt es: "Die öffentlichen Volksschulen sind Bekenntnis- und Gemeinschaftsschulen. Die Wahl der Schulart steht den Erziehungsberechtigten frei." Die Bayerische Verfassung schreibt also nicht vor, daß eine Schulreform Regelschule ist, wie Goppel meint. Im übrigen blieb es ihm vorbehalten, die Frage der Schulreform als Hinderungsgrund für gutgegliederte Landschulen in die Diskussion zu bringen. Er geht dabei von der irrtümlichen Annahme aus, daß alle Konfessionsschulen nur von Kindern desselben Bekenntnisses besucht werden. Im Schuljahr 1962/63 wurden jedoch von 18.959 katholischen Bekenntnisklassen nur 9.645 ausschließlich von katholischen Kindern besucht, die andere Hälfte war gemischt. Von den 4.425 Klassen in evangelischen Konfessionsschulen wurden sogar nur 1.150 von evangelischen Kindern allein besucht. Nach der Auffassung des Herrn Ministerpräsidenten müßte also "das ganze Gebäude" schon längst eingestürzt sein.

Die Zusammenfügung bestehender Schulen müßte übrigens an dem bestehenden Zustand gar nichts ändern, wenn bei allen Beteiligten wirklich nur die voll- oder zumindest gutgegliederte Volksschule im Vordergrund stünde. Das scheint jedoch weder beim Ministerpräsidenten, noch bei anderen führenden CSU-Leuten der Fall zu sein, denn sonst würden sie in ihren Versammlungen nicht ihre Mühe darauf verschwenden, selbst die faßenscheinigsten Gründe gegen eine tatsächliche Landschulreform ins Treffen zu führen, sondern das tun, was nun ihre Aufgabe wäre: nach Kräften dabei mitzuhelfen, Vorurteile und Widerstände zu beseitigen. In der Bayerischen Verfassung ist nämlich noch ein anderer Artikel erhalten. Es ist der Art. 126, der lautet: "Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten. Begabten ist der Besuch von Schulen und Hochschulen, nötigenfalls aus öffentlichen Mitteln, zu ermöglichen."

Es besteht kein Zweifel mehr darüber, daß ungegliederte Volksschulen diesem der Verfassung entspringenden Anspruch nicht gerecht werden können. Ministerpräsident Goppel mag ihn abwertend "Bildungsmaterialismus" nennen, wie er es in Gauting getan hat. Wenn er aber dazu diese Rede noch mit der Überschrift versieht "Bayerns Weg in die Zukunft" dann sei ihm gesagt, daß die SPD von Bayerns Zukunft eine wesentlich andere Vorstellung hat.

Unbekannter Wasserhaushalt der Erde

Wassersucher wichtiger als Goldsucher

B.K. - Die Wassersucher sind heute wichtiger als die Goldgräber. Keinen Augenblick zu früh haben soeben die Vertreter von 56 Ländern in Paris beschlossen, unter der Verantwortung der UNESCO ein "hydrologisches Jahrzehnt" durchzuführen, das heißt, während der nächsten zehn Jahre in gemeinsamer Forschungsanstrengung den Wasserhaushalt der Planeten zu untersuchen. Zur Rechtfertigung dieses gewaltigen Unternehmens ist kaum viel zu sagen: während der Bedarf an Süßwasser sprunghaft ansteigt, nehmen die Vorräte unter dem Einfluß der Verstädterung und der Industrialisierung ständig ab. Die Quellen reichen nicht mehr aus, der Grundwasserspiegel sinkt, die Flußläufe und Seen sind verschmutzt; der Mangel an Süßwasser wird für die menschliche Tätigkeit zur unüberschreitbaren Grenze; an manchen Orten wurde sie bereits erreicht.

Eine unerlässliche Bestandsaufnahme

Die Frage, ob und wie weit diese Grenze zurückgeschoben werden kann, hängt zunächst von einer genauen Kenntnis des Wasserhaushaltes der Erde ab. Es ist für unsere Zeit bezeichnend, daß bisher für die Erforschung der kahlen Oberfläche des Mondes mehr Mittel aufgewendet werden, als für die künftige Versorgung mit Süßwasser.

97 Prozent des auf unserem Planeten vorhandenen Wassers füllen die Ozeane, die bis heute höchstens versuchsweise zur Beschaffung von Süßwasser ausgenutzt werden. Drei Viertel des restlichen Wassers sind in Eis erstarrt. Auf die übrigbleibenden Bruchteile sind wir angewiesen. Indessen nimmt der Bedarf an Süßwasser rasch zu. Obwohl auch der häusliche Verbrauch infolge der Bevölkerungszunahme und der Hebung der Lebenshaltung rasch steigt, macht er im Vergleich zum Bedarf von Industrie und Landwirtschaft nur einige Tropfen aus. Aber gerade diese Tätigkeitsgebiete stehen in voller Entfaltung, um den Unterhalt der Menschheit zu gewährleisten. Für die Herstellung einer Tonne Stahl werden 400 Tonnen Wasser benötigt. Für einen einzigen Laib Brot werden auf dem Felde, in der Mühle und der Bäckerei zwei Tonnen Wasser verbraucht. Und für Wasser gibt es keinen Ersatz.

Programm des "hydrologischen Jahrzehnts"

Das "hydrologische Jahrzehnt" wurde beschlossen, um die für eine vernünftige Nutzung des Wassers unerlässlichen Kenntnisse zu beschaffen und gleichzeitig die für eine bessere Verwendung nötigen Techniker auszubilden. - Vor allen soll möglichst genau beobachtet und gemessen werden, was mit dem Süßwasser eigentlich geschieht, woher es kommt, wohin es verschwindet. Zu diesem Zweck ist es notwendig, es auf der ganzen Erde bei seinem Kreislauf zu verfolgen: vom Regen ins Grundwasser, in die Flüsse bis zum Meer und dann durch Verdampfung wieder in die Atmosphäre. In der ganzen Welt werden Meßstationen, die nach einheitlichen Methoden arbeiten, in das Netz der internationalen Beobachtungen eingebaut. Auf den Gletschern werden Beobachtungsposten eingerichtet; die Kerne der ewig gefrorenen Böden wird vervollständigt; selbst der Wasserhaushalt der vereisten Pole wird buchhalterisch gewissenhaft kontrolliert, um zu erfahren, ob sie das Wasser horten oder spenden.

Und nach Abschluß des hydrologischen Jahrzehnts, im Jahre 1975, werden wir zur Kenntnis nehmen, daß auch in der Wasserwirtschaft eine weltumspannende Zusammenarbeit überfällig ist.